0,50 €

DER BREMER ANTIFASCHIST

Landesverband der VVN / Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten Bremen e.V.

Januar 01/2005

Grußwort zur Jahreswende

Liebe Kameradinnen und Kameraden, liebe Freunde,
Das zurückliegende Jahr war für uns auf vielfache Weise spannend. Wir hatten uns vor einem guten Jahr vieles vorgenommen, die Ereignisse um uns herum haben uns aber sehr stark gefordert. Denken wir nur an die heftigen Proteste gegen die sozialen Verschlechterungen für einen großen Teil unserer Mitbürger. Einschneidenden Verteuerungen und Verschlechterungen im Gesundheitswesen folgen 2005 tiefe Einschnitte in die soziale Grundsicherung. Die Veränderungen im sozialen Bereich waren auch Gegenstand unseres Gedenkens am 08. Februar auf dem Waller Friedhof. Der Betriebsratsvorsitzende der Bremer Stahlwerke, Michael Breidbach, würdigte das Kämpfen der Bremer Räterepublik für eine gerechte Gesellschaft. Unser Kamerad Hermann Gautier hat sehr plastisch geschildert, was Sozialabbau heute heißt. Der Buchtstraßenchor untermalte das düstere Bild mit Tucholskys Lied vom Kompromiss.

Was haben wir erreicht?

Die Hermann-Prüser-Straße am Lichthaus wurde endlich öffentlich eingeweiht. Unsere Mahnung haben unsere Kameraden auf zahlreichen Vorträgen und Diskussionsveranstaltungen bekräftigt, so Ende Januar Herbert Breidbach in Thedinghausen und im März im Rathaus, Tobias Helfst bei Rock gegen Rechts in Hastedt. Der Gedenkstein für Zwangsarbeiter am Bürgerhaus Oslebshausen ist wieder sichtbar geworden. Davon konnten wir uns gemeinsam mit Bärbel Schindler-Saefkow kurz vor dem Ostermarsch überzeugen. Am Projekt "STOLPERSTEINE" haben wir uns in verschiedenen Stadtteilen eingebracht. Das Projekt erinnert an Menschen, die dem Naziterror zum Opfer fielen. Es wird bis Mai 2005 dauern, bis der Künstler Günter Demnig in Bremen weitere Stolpersteine legt. Anteil nahm die Öffentlichkeit am 60. Jahrestag der Hinrichtung des niederländischen Zwangsarbeiters Homme Hoekstra Ende Juni im früheren Lager Tirpitz, bei der Darstellung der Breite des Bremer Widerstandes am 20. Juli auf dem Marktplatz, anlässlich der Einweihung einer Gedenktafel für die in Bremen umgekommenen Einwohner der belgischen Gemeinde Meensel-Kiezegem Ende August. Mit der Ausstellung "NEOFASCHISMUS IN DER BUNDESREPUBLIK" haben wir gemeinsam mit GesamtschülerInnenvertretung und DGB-Jugend 24 Schulklassen unsere Mahnung auf den Weg geben können, wachsam zu sein angesichts der Rechtsentwicklung in unserem Lande. In diesem Sinne beginnen wir das Jahr 2005. Allen einen guten Start ins Neue Jahr, bei voller Erhaltung der Gesundheit, mit viel Kraft und Mut für die kommende Zeit.

Raimund Gaebelein

Gedanken zum 27. Januar 2005

Zum 60. Mal jährt sich der Tag der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz. Unter Roman Herzog wurde er zum "GEDENKTAG FÜR DIE OPFER DES NATIONALSOZIALISMUS" erklärt. Eine gute Sache. Dennoch seien im Folgenden ein paar kritische Gedanken erlaubt.

Es war die Sowjet-Armee, die am 27. Januar 1945 das Konzentrationslager Auschwitz und die darin noch befindlichen 7.600 Häftlinge befreite. Die Sowjetunion trug die Hauptlast und brachte die größten Opfer im Kampf gegen den Faschismus. Das darf, bei allem, was im Gedenken an dieses Ereignis geschieht, nicht vergessen oder klein geredet werden.

Gedenken muss Erinnern für die Gegenwart und die Zukunft zum Inhalt haben, sonst bleibt es leeres Ritual. Die grausame Vernichtung von Millionen Menschen in den Konzentrationslagern der Nazis, die Zerstörung halb Europas, die Vertreibung von Millionen Menschen aus ihrer Heimat - dies alles ist nicht vom Himmel gefallen, es war Menschenwerk. Es waren auch die Herren der deutschen Kohle-, Stahl- und Chemie-Konzerne, die Hitlers NSDAP sponserten. Deren Programm der Errichtung eines diktatorischen Staatswesens und eines Großdeutschlands auf Kosten anderer Völker versprach ihnen den Ausweg aus der schweren politischen und wirtschaftlichen Krise und auch die Aussicht auf die Eroberung fremder Rohstoffe und Absatzmärkte. Ohne ihre aktive Mitwirkung wären Faschismus und Krieg nicht möglich gewesen.

Diese Tatsachen offen an- und auszusprechen gibt es wahrlich viel aktuellen Anlass. Ich nenne nur die Erfolge der Naziparteien NPD und DVU bei den Landtagswahlen in Sachsen und Thüringen, die neofaschistischen Demonstrationen in Halbe und Wunsiedel, die Einrichtung einer faschistischen Schulungsstätte im Heisenhof bei Dörverden. Ich nenne aber auch die Tatsache, dass deutsche Soldaten bereits wieder, im Widerspruch zum Grundgesetz, in fremden Ländern im Einsatz sind. Wenn ich dann anlässlich des Volkstrauertags 2004 lese, dass es dort in der Rede des Bürgermeister Scherf heißt: "einst **mit**schuldig an Kriegen, sorge man nun dafür, dass dieses Morden nicht weitergeht" und "die Soldaten seien durch die Arbeit des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge nicht ganz vergeblich gestorben", dann habe ich nur wenig Hoffnung, dass die offiziellen Reden und Verlautbarungen am 27. Januar der Geschichte und den gegenwärtigen Erfordernissen im Kampf gegen die Ursachen von Krieg und Faschismus gerecht werden.

Herbert Breidbach

Eine unendliche Geschichte?

Am Dienstag, 25. Januar 2005, um 19:30 Uhr, im DGB-Haus

"EINE UNENDLICHE GESCHICHTE ? IG FARBEN ENDLICH AUFLÖSEN - DAS VERMÖGEN DEN EHEMALIGEN ZWANGSARBEITERN!"

Peter Gingold, stellvertretender Vorsitzender des Auschwitz-Komitees und Bundessprecher der VVN-BdA, berichtet, was die IG Farben waren und wie immer noch um ihre völlige Auflösung gestritten werden muss, 60 Jahre nach der Befreiung von Auschwitz und ungeachtet aller Sonntagsreden, die am Gedenktag am 27. Januar gehalten werden.

Veranstalter: DGB-Jugend, VVN-Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten

Straßenumbenennungen aus antisemitischen Gründen 1933 - 1938 in Bremen

Dies ist die Fortsetzung des Artikels vom Dezember 2004

3. Emanuelstraße

Die Emanuelstraße wurde als letzte Straße im Oktober 1938 umbenannt. Der Name leitete sich vom Vornamen des Bauunternehmers ab, der die Straße ab 1888 hatte anlegen und die Häuser hatte erbauen lassen: Mentel Emanuel Stern. Emanuel ist die latinisierte Form des hebräischen Mentel; ab etwa 1863 hatte Stern diesen Namenszusatz hinzugefügt. Da Stern zum Zeitpunkt der Namensgebung (1888) noch lebte, erfolgte die Namensgebung nur nach dem Vornamen. Dass Bauherrn mit einem Namensvorschlag sich selbst ein "Denkmal" setzen wollten, war nicht unüblich, wie auch das Beispiel der Mathildenstraße zeigt nach dem Vornamen der Ehefrau des Erbauers Lüder Rautenberg. Der damalige Senat fand die Namensgebung für würdig und folgte dem Vorschlag - die Emanuelstraße wurde somit die erste Straße in Bremen mit einem jüdischen Namensbezug.

Die Lebensgeschichte Emanuel Sterns spiegelt in typischer Weise die Situation jüdischer Bürger in Deutschland wieder. Im Hessischen geboren wanderte er als junger Mann nach Bremen aus, erhielt hier 1863 das Bürgerrecht (was erst seit 1849 möglich war) gelangte zu Wohlstand, wurde Lotterieeinnehmer und gehörte zehn Jahre lang zum Vorstand der jüdischen Gemeinde in Bremen. Er starb 1917 und sein Grab ist bis heute auf dem Friedhof der jüdischen Gemeinde in Hastedt erhalten.

Diese letzte Umbenennung erfolgte als Reaktion auf den Erlass des Reichsinnenministeriums vom 27.07.1938, der reichseinheitlich festlegte, dass alle Straßen mit einem jüdischen Namensbezug umzubenennen seien. Die Kommunen mussten darüber bis zum ersten Oktober Bericht erstatten.
Nachdem die Bauverwaltung noch 1934 die private Initiative eines Kaufmannes abgelehnt hatte, die Emanuelstraße aufgrund ihres jüdischen Namenshintergrundes umzubenennen, erfolgte jetzt die Umbenennung in wenigen Wochen und am 14.10.1938 - drei Wochen vor der Reichspogromnacht - wurde bereits der neue Name Eupener Straße angebracht.

4. Nach 1945

Keine der sechs Straßen erhielt nach 1945 ihren alten Namen wieder. Lediglich Walter Rathenau erhielt wie beschrieben vorübergehend eine neue Straße. Die entscheidende Direktive der amerikanischen Militärverwaltung legte im August 1945 fest, dass alle Straßen mit nazistischen und militaristischen Namen umzubenennen seien. Da der Straßenzug Richthofen-/Hermann-Göring-Straße diese Merkmale erfüllte, erfolgte auch eine (Teil-)rückbenennung. Da die neuen Namen der anderen fünf Straßen sich entweder an lokalen topographischen Gegebenheiten orientierten oder an der belgischen Stadt Eupen, fiel diese Namenswahl tatsächlich nicht unter die genannte Direktive.

Das Unrecht lag nicht in den neuen Namen, sondern in der Entfernung der alten. Obwohl die Bremische Verwaltung aber sicherlich auch Anwohner diese Hintergründe kannten, erfolgte keine Bremische Eigeninitiative zur Wiederherstellung der alten Bezeichnungen, so dass das Unrecht der Umbenennung bis heute fortbesteht. Der Vollständigkeit halber sei vermerkt, dass die Bezeichnung Eupener Straße jedoch keineswegs unpolitisch ist. Eupen wurde nicht nur wie das übrige Belgien 1940 besetzt sondern regelrecht annektiert (und die jüdische Bevölkerung deportiert) - es erscheint zumindest politisch unsensibel, die mit der Umbenennung 1938 formulierten Ansprüche nicht wenigstens nach dem Krieg zu tilgen.

1984/85 und erneut 1995/97 wandte sich eine Urenkelin von Emanuel Stern aus den USA an den Senat mit der Bitte um Rückbenennung. Aufgrund des ablehnenden Anwohnervotums wurde dies abgelehnt. Andere Möglichkeiten wurden nicht erwogen (z.B. Hinweistafel).

Der Beirat Schwachhausen hat am 22.05.2003 die Umbenennung der Eupener Straße in Emanuel-Stern-Straße beschlossen, um das bis heute fortbestehende Unrecht zu korrigieren und die Person des ursprünglichen Namensgebers wieder sichtbar zu machen.
Eine Umsetzung dieses Beschlusses ist wegen schwieriger verwaltungsjuristischer Aspekte zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht erfolgt.

Dr. W. Seibert

Bilder des Krieges

Die Ausstellung "Zerstörung und Erlösung", die im November im Gustav-Heinemann-Bürgerhaus in Vegesack zu sehen war, ist hervorragend geeignet, um sich über die Schrecken des Krieges und den mutigen Kampf durch Desertion einzelner dagegen zu informieren. In der Ausstellung sind auf vielen Fotos Bilder des Grauens aus dem 2. Weltkrieg und systematischen Völkermorden des NS-Regimes. Sie unterlegt damit die Motive der deutschen Deserteure dieses Krieges, von denen die Ausstellung durch Fotografien, Äußerungen und Lebensläufe einige vorstellt. Die Leiden dieser Gruppe, die wie kaum eine andere unter Repressalien zu leiden hatte, sowohl vor als auch nach dem Ende des 2. Weltkriegs, wurde bis in die achtziger Jahre von der Geschichtswissenschaft beider deutscher Staaten recht stiefmütterlich behandelt.

Gegen Deserteure wurden von allen verfolgten Gruppen während der NS-Zeit die meisten Todesurteile verhängt und vollstreckt. Dies betonte bei Eröffnung der Ausstellung am 05. November der Bundesvorsitzende der Opfer der Militärjustiz Ludwig Baumann, der, wie zuletzt auf der VVN-Gedenkveranstaltung auf dem Osterholzer Friedhof, sehr eindringlich und informativ aus seinem Leben erzählte. Nach wie vor sind auch nicht alle Deserteure des 2. Weltkrieges von der Bundesrepublik rehabilitiert worden.

Durch Texte, die zwischen den Fotos hängen, werden dem Besucher die Motive einzelner Deserteure nahe gebracht; andere Texte stammen von meist prominenteren Kriegsgegnern. Im Mittelpunkt der Ausstellung stehen christlich-humanistische Motive. Im letzten Teilbereich sind einzelne Deserteure mit Foto und Lebenslauf vorgestellt. Auch hier mit dazwischen gestellten Texten der Deserteure versehen. Darunter sind neben Christen auch Sozialisten und Kommunisten vertreten. Die bekanntesten vorgestellten Deserteure sind der Schriftsteller Heinrich Böll und der Jurist Wolfgang Abendroth.
Weitere interessante Deserteure waren z.B. Hans Frese, der vor seiner Hinrichtung zeitweise im Zuchthaus Oslebshausen einsaß, oder auch Rainer Beck, der dadurch traurige Berühmtheit erlangte, dass er als Deserteur in einem kanadischen Kriegsgefangenenlager nach Kriegsende von seinen so genannten "deutschen Kameraden" mit von den kanadischen Wachen geliehenen Waffen hingerichtet wurde.

Ulrich St.

Riegers Nazi-Nest in Dörverden

Ein breites Bündnis regionaler und inzwischen auch überregionaler Gegner des im Aufbau befindlichen Nazi-Schulungs- und Trainingszentrums demonstrierten am 14. November während des 1. Dörverdener Sonntagsspaziergangs vor dem Heisenhof 1.000 Bürger.

Seitdem sich einige Anhänger des als Käufer der ehemaligen Bundeswehrliegenschaft im Namen seiner Wilhelm-Tietjen-Stiftung für Fertilisation (Fruchtbarkeitsforschung, hier im Sinne der nazistischen Rassenlehre), des Rechtsanwalts Jürgen Rieger (aufgetretenen bekennenden Rassisten und verurteilten Volksverhetzers) im idyllischen Landkreis Verden eingenistet haben, engagieren sich immer mehr der mittelbar und unmittelbar Betroffenen für ein Verbot der Nutzung.



Auch der Landrat Hans-Jürgen Wächter (SPD) wehrt sich gegen Riegers Nazizentrum in Dörverden
„Wir wollen es gar nicht erst soweit wie in Hetendorf kommen lassen."

Die dahinter stehende Sorge und berechtigte Wut über die Protagonisten einer menschenverachtenden Ideologie ist auch vor dem Hintergrund des dort vorhandenen Potenzials mehr als angebracht. Auf dem insgesamt etwa 26.000 qm großen parkähnlichen Gelände mit Schießstand (!) und umfangreichen Bunkeranlagen stehen Schlafräume, Aufenthaltsräume, Säle, Küchen, Sanitär- und Büroräume sowie Garagen mit insgesamt 3.325 qm zur Verfügung. Drei- bis Vierhundert Neofaschisten könnten hier indoktriniert und praktisch unterwiesen werden.

Ein Dutzend tarnfarbige Wehrmachtsfahrzeuge wurden bereits auf den Heisenhof transportiert, bei einem als Hausmeister fungierenden Bewohner (insgesamt 6-10 Personen, darunter mehrere vorbestrafte Körperverletzer) wurden kürzlich nach einem Verkehrsunfall Feuerwaffen gefunden. Das Gelände wird ständig von einer Wachmannschaft mit Hundepatrouillen gesichert. Den Verdener Nachrichten zufolge soll Rieger bereits auf der Suche nach Feldbetten sein. Auch nach den Kosten einer Kläranlage für "8 bis 200 Personen" soll er sich erkundigt haben. Weiterhin wurden bereits Mobiliar und Heizöl angeliefert, Umbaumaßnahmen sind zu beobachten.
Neonazi Rieger beharrt jedoch weiterhin auf seiner Aussage, auf dem Heisenhof ein Forschungszentrum errichten zu wollen; aufgrund der objektiven Tatsachen wird dieses jedoch selbst von Behördenseite nicht mehr angenommen - erste Schulungen im kleinen Kreis haben bereits unter konspirativen Umständen stattgefunden. Um die Gefahr zu beschreiben, die von einem voll funktionsfähigen Schulungszentrum mit mindestens bundesweiter Bedeutung ausgeht, braucht es eigentlich keiner weiteren Worte. Schon jetzt tun sich die (illegal) auf dem Heisenhof lebenden Personen und deren Besucher durch diverse Straftaten gegen Andersdenkende hervor; auch wurden Schüler, die aktiv gegen die sog. Schuloffensive der neofaschistischen NPD vorgehen, denunziert und es wurde zu Aktionen gegen diese aufgerufen.

Die Personen, die Mitte November während der Informationsveranstaltung zur NPD Rotenburg/Verden und dem Heisenhof im Rahmen unserer Neofaschismus-Ausstellung im Bremer Gewerkschaftshaus dieses mit Farbpatronen angriffen und Sachbeschädigungen begingen, sind sicher nicht in Kreisen der Heilsarmee zu suchen.

Bleibt zu hoffen, dass sich noch mehr Menschen gegen das Schulungszentrum engagieren, damit nicht - wie im Falle Hetendorf - zwanzig Jahre vergehen müssen, bis der Spuk verschwindet. Die von Rieger und Gleichgesinnten vertretene Politik mit ihren volkstümelnden Phrasen - auch Politiker von im Bundestag vertretenen Parteien bereiten durch populistische Äußerungen den Boden - bedarf ständiger Wachsamkeit, sie wird bereits von zu großen Teilen der Bevölkerung toleriert. Darüber hinaus bedienen sich in der NPD und in deren Umfeld so genannte Nationalrevolutionäre einer Sprache, die für manchen Wähler verführerisch wirkt, lehnt sie sich doch an Argumente und Forderungen linker Gesellschaftskritik an. Dabei ist klar zu erkennen: Ausgrenzung von Minderheiten, elitäres Denken, Freiheit nur für das eigene Volk, Ablehnung der Europäischen Einigung bei Zurückwerfen auf die `Nation´ sind Merkmale der Restauration.

Jeder sollte wissen - Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen! Der nächste Sonntagsspaziergang zum Heisenhof wird etwa Mitte Januar stattfinden. Dörverden ist nicht weit.

Ulrich Sandmann

Männer und Frauen des Widerstandes, Verfolgte und Opfer des NS-Regimes gründeten 1947 die "Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes". 1971 öffnete sie sich für jüngere Mitglieder als VVN-Bund der Antifaschisten. Sie hat sich als überparteiliche Bewegung zum Ziel gesetzt, eine neue "Welt des Friedens und der Freiheit" zu erringen.

o Ich möchte mehr über die VVN-BdA wissen.

o Ich bin bereit, einzelne Aktionen zu unterstützen und möchte informiert werden.

o Ich möchte in die VVN-BdA eintreten.

o Ich möchte den “Bremer Antifaschist” probeweise / regelmäßig beziehen.

Mich interessieren vor allem folgende Themenbereiche:

o Einwanderer und Flüchtlinge
o Neofaschismus
o Frieden/Antimilitarismus
o Geschichtsforschung
o Erinnerungsarbeit

Name
Vorname ____________
Straße ____________
PLZ, Ort ____________
Geb.-Datum ____________
Bremen, den ____________
Unterschrift ____________

Bitte einsenden an:
VVN-BdA Bremen e.V.,
Bürgermeister-Deichmann-Straße 26,
28217 Bremen

Notwendige Veränderungen

Wir haben in den vergangenen Jahren eine Reihe ehemals sehr aktiver Kameradinnen und Kameraden verloren, Einnahmen und Spenden sind rückläufig, viele uns Verbliebene sind nicht mehr in der Lage, ihre Beiträge in gewohnter Höhe zu entrichten. Mehr Mitglieder lassen sich nicht so schnell gewinnen. Daher haben wir uns zu zwei schmerzlichen Schritten entschließen müssen. Wir nutzen das Büro nicht an allen Tagen der Woche. Die vorhandenen Buchbestände werden wenig genutzt. Mit einer Bürogemeinschaft lassen sich aber wenigstens die Kosten senken. Daher haben wir uns entschlossen, Büro und Versammlungsraum mit dem Internationalen Menschenrechtsverein zu teilen.

Einen weiteren Einschnitt bedeutet die Veränderung bei unserer monatlichen Zeitung "Der Bremer Antifaschist" (BAF). Es ist bestimmt schon allen aufgefallen, dass der BAF nur noch vier Seiten hat. Der Grund dafür sind die Kosten oder konkreter unsere derzeitige finanzielle Situation. Darum wollen wir den BAF an alle, die eine E-Mailadresse haben, auf elektronischem Weg als PDF-Datei versenden. Nur brauchen wir dafür eben Eure E-Mailadresse. Also, sendet sie uns. Am Besten mit der Betreffzeile "BAF als E-Mail". Das erleichtert uns wiederum die Zuordnung. Für uns bedeutet es weniger Druck- und Portokosten. Und für den Empfänger bedeutet es, den BAF schneller zu haben (in der Regel in der letzten Woche des Vormonats) und zudem, dass der Text bearbeitbar ist. Dies ist bei der Weiternutzung praktisch.

Der Landesvorstand

Unser BAF-Problem

Liebe Leserinnen und Leser, unserer Monatsschrift "Der Bremer Antifaschist", liebevoll der BAF genannt, ist im vergangenen Jahr mit viel Mühen und vor allem mit finanziellen Problemen herausgebracht worden! Von vielen Lesern haben wir Zustimmung, von einigen auch BAF-Spenden, erhalten. Wir bereits an anderer Stelle hier im BAF dargelegt, werden wir alle tagtäglich mehr zur Kasse gebeten. Dies zwingt uns, teilweise neue Wege zu gehen. Überlegungen, den BAF nur alle zwei oder drei Monate herauszugeben, hat viel Widerspruch gefunden, einige Leser haben nun erklärt, ab sofort einen Dauerauftrag mit einem Monatsbeitrag von 1,- Euro bei der Bank einzurichten. Wir wären froh, wenn weitere BAF-Freunde dem Beispiel folgen würden und bitten im gemeinsamen Interesse darum. Der Dauerauftrag könnte auch ⁄- oder fi-jährlich eingerichtet werden. Wem es nützt, kann darüber auch eine Spendenbescheinigung erhalten. In der Hoffnung, dass auch in dieser Hinsicht das Jahr 2005 gut beginnt, verbleibt mit den besten Wünschen

Friedel Becker

Aufmucken gegen Rechts

Am Freitag, den 21. Januar, stellt die sozialistische Jugend **um 20:00 Uhr** im Gustav-Heinemann-Bürgerhaus Vegesack, Kirchheide 49, in der Veranstaltung "Aufmucken gegen Rechts" ihr CD-Projekt vor. Wer genauere Informationen braucht, meldet sich unter: Buergerhaus-Vegesack@t-online.de oder Tel.: 659970. Anschließend ist eine Diskussion geplant. Die derzeitige Situation in und um Bremen herum zeigt, wie wichtig solche Projekte sind.

Der Fall Willi Meyer-Buer

In der Villa Ichon fand unter dem Titel "Ein Kommunistenprozess vor 70 Jahren - Der Fall Willi Meyer-Buer" eine Veranstaltung mit Heinrich Hannover statt. Hannover führt aus, dass es schon sehr viel früher, als z.B. am 20. Juli 1944, Widerstand gegen die Verbrechen des Naziregimes gegeben hat. Kommunisten warnten die Bevölkerung bereits vor 1933 "Wer Hitler wählt, wählt den Krieg". 1934 standen 46 Kommunisten in Hamm vor Gericht, u.a. Willi Meyer. Die Anklage hieß "Vorbereitung zum Hochverrat". Willi Meyer war damals 22 Jahre alt. Er war für die Fortführung der Arbeit der KPD verantwortlich. Die anderen Genossen hatten Spenden gesammelt oder Flugblätter verteilt. Einer wurde verhaftet, weil er 60 Pfennig gespendet hatte. Die Gestapo hatte Willi verhaftet und wollte mit Folter Namen seiner Genossen aus ihm herausprügeln. Um keinen zu verraten, sprang er acht Meter tief aus dem Fenster. Er war verletzt und wurde ins Krankenhaus gebracht. Unter den Verletzungen, die er sich damals zuzog, litt er ein ganzes Leben. Das Urteil lautete zwei Jahre und drei Monate. Als er diese Zeit abgesessen hatte, arbeitete Willi illegal weiter und wurde wieder inhaftiert. Er saß lange Jahre im KZ Esterwege.

Nach 1945 ehrte ihn seine Heimatstadt damit, dass er den Namen Willi Meyer-Buer führen durfte, ein Vorort von Gelsenkirchen. Am 16. November kam der Vorschlag, an die zuständigen Stellen mit der Aufforderung heranzutreten, eine Bremer Straße nach Willi Meyer-Buer zu benennen. Der Landesvorstand der VVN-BdA sollte diesen Vorschlag aufgreifen und einen entsprechenden Antrag an die Behörde stellen.

Ingeborg Breidbach

“Der Bremer Antifaschist” ist die Zeitung der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten Bremen e.V. (VVN-BdA)

Wir sind regelmäßig erreichbar in der Bürgermeister-Deichmann-Straße 26, 28217 Bremen-Walle

Tel.: 0421/38 29 14
Fax: 0421/38 29 18

E-Mail: bremen@vvn-bda.de
Internet: www.vvn-bda.de/bremen

Montag: 17:00 - 18:00 Uhr
Donnerstag: 18:00 - 19:00 Uhr

Für unsere Arbeit werden dringend Spenden benötigt:
Die Sparkasse in Bremen
BLZ: 29050101 - Konto-Nr.: 1031913
Wir sind vom Finanzamt als gemeinnützig anerkannt.

Antifaschistische Stadtrundgänge können entweder im Büro (siehe links) oder unter 6163215 (Raimund Gaebelein) angemeldet werden.

Der Geschäftsführende Vorstand trifft sich montags von 18:00 - 19:30 Uhr.
Der Landesvorstand trifft sich am letzten Montag eines Monats von 18:00 - 20:30 Uhr.
Die Sitzungen sind mitgliederöffentlich.

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Auffassung der Redaktion wieder.

Redaktionsschluss ist am 05. des Vormonats

V.i.S.d.P.: Raimund Gaebelein

Nachdruck ist mit Quellenangabe und Belegexemplar erwünscht!

Geburtstage im Januar 2005

Otmar Leist	16.01., 84 J.
Jörg Wollenberg	30.01., 68 J.

Herzlichen Glückwunsch allen Kameradinnen und Kameraden vom Landesvorstand